



KLIMASCHUTZ UND SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS

Im Bereich der Klimapolitik zeigen internationale Untersuchungen sehr deutlich auf, dass die Folgen des Klimawandels und von Naturkatastrophen verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark belasten. Frauen sind weltweit überproportional stark betroffen – vom Klimawandel, der Entwaldung, zunehmender Wasserknappheit und unzureichender Abwasserentsorgung (OECD 2021: Progress on the Sustainable Development Goals: The gender snapshot 2023).

Sie sind medizinisch erwiesenermassen anfälliger (v. a. ältere und schwangere Frauen) für die Folgen von Hitzewellen, Luftverschmutzung und klimabedingten Infektionskrankheiten. Im globalen Süden tragen Frauen die Hauptlast bei Wasser- und Nahrungsmittelbeschaffung, ihre Bedingungen verschlechtern sich zusätzlich bei Klimakatastrophen wie Dürren und Überschwemmung. Die Klimaerhitzung und schwerwiegende Umweltgefahren verstärken den Migrationsdruck und bedrohen somit Millionen von Menschen von Vertreibung. Auf der Flucht vor klimabedingten Katastrophen besteht für Frauen zudem ein hohes Risiko für sexualisierte Gewalt und Ausbeutung.

Gleichzeitig sind Frauen zentrale Akteurinnen für eine nachhaltige Transformation. Die Agenda 2030 der UNO und insbesondere die Sustainable Development Goals (SDGs) 5 (Geschlechtergleichstellung) und 13 (Klimaschutz) fordern explizit die Integration von Geschlechtergerechtigkeit in alle Klimamassnahmen.

Nur eine geschlechtsspezifische Berücksichtigung in Bereichen wie Land-, Wasser-, Energie- und Verkehrsmanagement ermöglicht eine nachhaltigere und inklusivere wirtschaftliche Entwicklung und einen höheren Wohlstand für alle – so auch die OECD.

Obwohl sich Frauen aktiv in Klimafragen engagieren, erhält ihre Perspektive und Stimme zu wenig Gehör und sind sie in Entscheidungsgremien untervertreten. Es braucht eine gendersensitive Perspektive auf die Ursachen, die Auswirkungen und die Bekämpfung der Klimakrise.

HEUTIGER STAND:

- Der Aktionsplan zur «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030» wurde 2024 vom Bundesrat verabschiedet. Er hat zum Ziel die Aktivitäten des Bundes stärker auf eine nachhaltige Entwicklung auszurichten und legt Ziele bis 2030, sowie innen- und aussenpolitische strategische Stossrichtungen fest; den Zusammenhang zwischen Gender und Klima stellt er nicht her. Die Umsetzung der SDGs ist nicht auf Kurs – weder weltweit noch in der Schweiz, – weder in Bezug auf Geschlechtergleichstellung noch bezüglich Klimaschutz, – wie der Zwischenbericht zur Umsetzung der SNE2030 zeigt.

- Die Schweiz engagiert sich im Rahmen der UNO-Resolution 1325 «Frauen, Frieden und Sicherheit» für den Schutz von Frauen in Konflikt- und Krisensituationen und die aktive Teilhabe von Frauen in der Konfliktbeilegung, einschliesslich solcher, die durch Umweltveränderungen und Klimakatastrophen verursacht werden. Der nationale Aktionsplan betont die Notwendigkeit, geschlechtsspezifische Aspekte in der humanitären Hilfe und Friedensförderung zu berücksichtigen. Das reicht jedoch nicht: Es braucht mehr Frauen am Verhandlungstisch (Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates).
- Der Krieg in der Ukraine und im Gaza-Streifen, die Folgen des Klimawandels und die Zunahme autoritärer Regierungen sind Gründe, dass die IZA mehr Mittel bedarf. Die aktuelle politische Themenkonjunktur – mit Budgetkürzungen in der Schweiz und den USA für die internationale Zusammenarbeit – lässt eine Ressourcenknappheit bei den finanziellen Mitteln für die internationale Zusammenarbeit befürchten. Besonders betroffen sind Frauen und Mädchen sowie Menschen in Konfliktgebieten, auf der Flucht und in Flüchtlingslagern.
- Im Schweizer Parlament sind keine Vorstösse hängig, welche die besondere Betroffenheit der Frauen adressieren, und aktuell auch keine Bestrebungen ersichtlich, Frauen in den Entscheidungsgremien und am Verhandlungstisch zu stärken.

LEGISLATUR-PLAN:

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Teilnahme und Einflussnahme von Frauen in klimarelevanten politischen Entscheidungsprozessen gestärkt wird und Frauenstimmen zu gleichen Teilen in der Klima- Umwelt- und Energiepolitik vertreten sind. Dies, indem wir Frauen motivieren, politische Ämter zu übernehmen («Helvetia Academy») und wir zweitens in den entscheidenden Gremien Geschlechterparität einfordern.
- Wir setzen uns mit politischen Mitteln dafür ein, dass die Schweiz im In- und Ausland bis 2050 klimaneutral wird – wie es der Bundesrat mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaübereinkommens zugesagt hat. Im Jahr 2019 hat der Bundesrat dieses Ziel konkretisiert und die Reduktion der Treibhausgasemissionen auf Netto-Null bis 2050 beschlossen. Wir engagieren uns für die konsequente Umsetzung der «Klimastrategie 2050».
- Wir setzen uns mit politischen Instrumenten dafür ein, dass der Bundesrat regelmässig die Auswirkungen der Klimaerhitzung auf einzelne Bevölkerungsgruppen, namentlich die Frauen, erforscht, darüber Bericht erstattet und darauf evidenzbasierte, zielführende Massnahmen vorschlägt und ergreift, um die Belastung durch den Klimawandel zu reduzieren.

- Wir setzen uns mit politischen Instrumenten dafür ein, die Gesundheit insbesondere von älteren und schwangeren Frauen zu schützen, indem in der urbanen Raumplanung Hitzeinseln reduziert werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass dem Zusammenspiel von Klima und Gleichstellung in der internationalen Zusammenarbeit grössere Bedeutung zukommt sowie im Bereich Umwelt und Klima lokale, von Frauen geführte Organisationen, Fonds usw. gefördert und unterstützt werden.